



Themenkomplex:
Milliardenpaket
der Bundes-
regierung und
der EU

PROF. NICOLE DEITELHOFF, WAS BRAUCHT DEUTSCHLANDS AUSSENPOLITIK AM DRINGENDSTEN?

FoKS**FELLOW**
PERSPEKTIVE

GASTBEITRAG

4 2025



BAYERISCHE
WISSENSCHAFTSALLIANZ
FÜR FRIEDENS-, KONFLIKT- UND
SICHERHEITSFORSCHUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

diese FoKS-Fellow-Perspektive ist Teil einer Reihe zum Themenkomplex „Milliardenpakete der Bundesregierung und der EU“. Am 21. März 2025 verabschiedete der Bundesrat ein umfassendes Finanzpaket, das tiefgreifende Veränderungen in der deutschen Haushalts- und Schuldenpolitik einleitet. Kurz zuvor hatten sich die EU-Mitgliedstaaten auf die sicherheitspolitische Initiative „ReArm Europe“ verständigt, die mittlerweile unter dem Namen „Readiness 2030“ fortgeführt wird.

Was wurde beschlossen – und mit welchem Ziel?

1. Verteidigungsausgaben der Bundesregierung

Mit dem im Jahr 2025 beschlossenen Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die Bundeswehr grundlegend zu modernisieren, das NATO-2 %-Ziel dauerhaft zu erfüllen und Deutschlands Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Großprojekte wie die Beschaffung von F-35-Kampfflugzeugen wurden bereits auf den Weg gebracht. Eine Grundgesetzänderung ermöglicht zudem, dass Verteidigungsausgaben oberhalb von 1 % des BIP von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Berücksichtigt werden künftig auch zivilgesellschaftliche und sicherheitsrelevante Bereiche, etwa der Bevölkerungsschutz oder internationale Hilfsleistungen.

2. Bundesinfrastrukturpaket

Darüber hinaus wurde ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro eingerichtet, das ebenfalls nicht unter die Schuldenbremse fällt. Die Mittel sollen über rund zehn Jahre hinweg in zentrale Zukunftsbereiche fließen: Verkehr, Energie, Digitalisierung und Klimaschutz. 100 Milliarden Euro stehen dabei den Bundesländern zur Verfügung; ein wesentlicher Anteil ist verbindlich für Klimaschutzmaßnahmen reserviert. Ziel ist es, die Standortbedingungen in Deutschland zu verbessern und wirtschaftliche Impulse zu setzen.

3. Europas strategische Neuausrichtung: „Readiness 2030“

Im europäischen Kontext wurde der ursprünglich als „ReArm Europe“ bekannte Plan zur sicherheitspolitischen Neuaufstellung weiterentwickelt und unter dem Namen „Readiness 2030“ neu ausgerichtet. Ziel ist es, die europäische Verteidigungsfähigkeit bis 2030 deutlich zu erhöhen, gemeinsame Beschaffungsstrukturen zu stärken und die



Interoperabilität zwischen nationalen Streitkräften zu verbessern. Deutschland positioniert sich dabei als zentraler Akteur – sowohl finanziell als auch politisch. Die Bundesregierung betrachtet „Readiness 2030“ als integralen Bestandteil einer europäischen Sicherheitsarchitektur, die auf Resilienz, Abschreckung und Zusammenarbeit ausgelegt ist.

Frage an die Wissenschaft: Wie sinnvoll investieren?

Vor dem Hintergrund dieser tiefgreifenden Entscheidungen haben wir Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eingeladen, ihre Analysen, Bewertungen und Empfehlungen zur sinnvollen Umsetzung der Investitionen zu teilen. Wie lassen sich finanzielle Mittel strategisch und nachhaltig einsetzen? Welche Prioritäten sollten gesetzt werden? Und welche Risiken gilt es zu vermeiden?

Wir freuen uns, Ihnen in dieser Reihe fundierte Perspektiven aus verschiedenen Disziplinen präsentieren zu dürfen.

Prof. Deitelhoff, wir haben eine neue Bundesregierung. Welche Prioritäten sollte diese jetzt für Deutschland setzen, insbesondere mit Blick auf die Außenpolitik?

1

Wir haben eine neue Bundesregierung mit einem Bundeskanzler – und das ist sehr erfreulich –, der Außenpolitik klar als einen Schwerpunkt seiner Kanzlerschaft markiert hat. Das ist tatsächlich eine gute Nachricht. Denn angesichts der aktuellen Weltlage, in der wir mehrere Gewaltkonflikte erleben, steht der Zusammenhalt der internationalen Gemeinschaft massiv unter Druck.

„Der Zusammenhalt der internationalen Gemeinschaft steht massiv unter Druck.“

Wir sehen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, die eskalierenden Konflikte im Nahen Osten – in Gaza, im Libanon, in der Pufferzone zu Syrien und möglicherweise perspektivisch auch mit Blick auf den Iran. Das ist ein massives Konfliktfeld. Hinzu kommen die wieder aufgeflammtten Spannungen zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir sowie neue Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo. Und wir dürfen nicht vergessen: Der Sudan bleibt weiterhin der größte und gravierendste Gewaltkonflikt der Gegenwart. Das heißt: Außenpolitisch sind wir enorm unter Druck. Gleichzeitig geraten internationale Kooperationsprojekte ins Stocken. Über Klimaschutz oder Maßnahmen gegen die Erderwärmung spricht momentan auf internationaler Ebene kaum noch ein Staat. Zwar wurde kürzlich ein Pandemievertrag in der Weltgesundheitsorganisation verabschiedet, doch gerade hat der US-Gesundheitsminister andere Staaten öffentlich dazu aufgefordert, aus der WHO auszutreten. Auch hier stellt sich also die Frage, wie effektiv solche Abkommen überhaupt noch umgesetzt werden können.

„International läuft es alles andere als gut. Deshalb brauchen wir eine Bundesregierung, die hier außenpolitisch Akzente setzt – und das macht der neue Bundeskanzler.“

Im Bereich der Rüstungskontrolle laufen Abrüstungsverträge entweder aus oder existieren schon nicht mehr – sowohl im nuklearen als auch im konventionellen Bereich, das gilt selbst für Errungenschaften wie dem Landminenverbot oder dem Verbot von Streumunition. Kurz gesagt: International läuft es alles andere als gut. Deshalb brauchen wir eine Bundesregierung, die hier außenpolitisch Akzente setzt – und das macht der neue Bundeskanzler.

Entscheidend wird sein, wie er dabei vorgeht. Er tritt recht kernig auf, steht für eine robuste Außenpolitik, zeigt Härte gegenüber Russland – auch wenn er das im Moment faktisch kaum einlösen kann, wie wir sehen. Was er aber tut, und das ist wichtig: Er sucht wieder verstärkt den Schulterschluss mit Europa. Die enge Kooperation mit Frankreich, aber auch die Einbindung Polens im Weimarer Dreieck und sogar eine stärkere Annäherung an das Vereinigte Königreich sind positive Signale. In dieser Hinsicht macht er, wie ich finde, eine gute Figur – und das muss so bleiben. Europa ist der Rahmen, in dem wir weltpolitisch überhaupt erst handlungsfähig sind. Das ist von zentraler Bedeutung.

„Europa ist der Rahmen, in dem wir weltpolitisch überhaupt erst handlungsfähig sind. Das ist von zentraler Bedeutung.“

Was mir allerdings gar nicht gefällt – und was sich dringend ändern muss – ist das zurückbleibende Commitment zur Entwicklungszusammenarbeit und das mangelnde Engagement der Bundesregierung gegenüber dem „Globalen Süden“. Wobei „Globaler Süden“ bewusst in Anführungszeichen steht, denn natürlich handelt es sich dabei um eine sehr heterogene Ländergruppe. Aber gerade die Niedrigeinkommensländer verdienen hier mehr Aufmerksamkeit. Denn mit einem Russland, das kein Interesse mehr an der regelbasierten Ordnung hat, mit einem China, das zumindest doch deutlich sagt, das es eine ganz andere, wenn auch regelbasierte Ordnung haben möchte, und mit einem Hegemon USA, der auch momentan eher wie der Elefant im Porzellanladen alles zerschmeißt, was von dieser regelbasierten Ordnung noch da ist, brauchen wir Partner. Wir brauchen Partner, eine Mehrheit der Staaten, die sich für diese Ordnung einsetzen, die wir seit Ende des Zweiten Weltkriegs aufgebaut haben. Und diese Partner gibt es tatsächlich im Globalen Süden. Auf allen großen Kontinenten, in allen Weltregionen haben wir viele Staaten, die Interesse daran haben, diese Ordnung aufrechtzuerhalten. Auf die muss man zugehen. Das heißt auch: Reformprozesse anstoßen. Diese Länder werden uns nicht einfach so unterstützen, wenn wir weiterhin an alten Regeln festhalten, von denen sie offensichtlich benachteiligt werden, etwas im internationalen Handel. Das alles erfordert mehr Engagement – auch in Form von Ressourcen.

Genau da sehe ich das Problem: Die Signale, die wir aus dem Koalitionsvertrag und den ersten politischen Entscheidungen sehen, deuten eher auf ein nachlassendes Engagement hin. Die Budgets für Entwicklungszusammenarbeit werden gekürzt, vieles wird infrage gestellt – dabei bräuchten wir eigentlich mehr Einsatz, nicht weniger.

Die Bundesregierung hat kürzlich ein milliardenschweres Sondervermögen und das Aussetzen der Schuldenbremse beschlossen – was wäre Ihrer Meinung nach eine sinnvolle und verantwortungsvolle Verwendung dieser Mittel?

2

Es gibt zwei verschiedene Dinge, die man klar voneinander trennen sollte: Zum einen haben wir das Sondervermögen von 500 Milliarden Euro, das für den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen gedacht ist. Zum anderen betrifft die Aussetzung der Schuldenbremse den Bereich Verteidigung und Sicherheit. Beides sollte man nicht vermischen.

Wenn wir über das Sondervermögen von 500 Milliarden sprechen, dann geht es in erster Linie um öffentliche Infrastrukturen, die im Alltag der Bürgerinnen und Bürger konkret spürbar und greifbar sind. Dazu zählen aus meiner Sicht vor allem z.B. der ÖPNV, das Schienennetz und die digitale Ausrüstung. Auch der Straßenbau ist essenziell: Wir müssen das Straßennetz und insbesondere die maroden Brücken dringend erneuern. Darüber hinaus betrifft das auch Schulen, Kindergärten, Hochschulen und öffentliche Einrichtungen. Hier besteht ein erheblicher Investitionsbedarf. Solche Investitionen haben auch wirtschaftliche Effekte: Sie stimulieren die Bauwirtschaft, fördern die Planungs- und Architekturbüros – viele Branchen würden davon profitieren. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Das ist ein Bereich, in dem wir in Deutschland enormen Nachholbedarf haben. Leider ist das nicht nur eine Frage des Geldes. Es geht auch um vereinfachte Vergabestrukturen und eine bessere Kooperation zwischen den föderalen Ebenen. Unser Föderalismus führt zu einer starken Dezentralisierung, was gerade im Bereich Digitalisierung zu erheblichen Verzögerungen führt.

„Im Kern geht es darum, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder das Gefühl haben: Der Staat funktioniert, er ist erreichbar, und er setzt Dinge tatsächlich um.“

Ich wünsche mir, dass dieses Sondervermögen zusammen mit dem politischen Willen dafür sorgt, dass wir hier endlich große Fortschritte machen. Im Kern geht es darum, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder das Gefühl haben: Der Staat funktioniert, er ist erreichbar, und er setzt Dinge tatsächlich um. Ich glaube, das ist eine der großen Malaisen. Selbst wenn der Staat objektiv gar nicht so untätig ist, wie viele glauben, hat sich eine Wahrnehmung verfestigt, die dem widerspricht – das liegt auch an Überregulierung und mangelnder Digitalisierung. Hier müssen wir ansetzen, um das Vertrauen in den Staat zu stärken.

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (PRIF), Leiterin des Programmbereichs Internationale Institutionen und Professorin für Internationale Beziehungen und Theorien globaler Ordnungen an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Dort ist sie außerdem Co-Sprecherin des Frankfurter Standorts des Forschungsinstituts gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie Co-Sprecherin des Forschungszentrums Normative Ordnungen. Sie forscht zu Kontestation und Krisen von Institutionen und Normen, Weltordnungskrisen, Grundlagen politischer Herrschaft, Formen von Opposition und Dissidenz sowie zu Konflikt und Zusammenhalt in Demokratien.



Über FoKS

Die Bayerische Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung bündelt interdisziplinäre Expertise an bayerischen Universitäten in den Sozial-, Technik-, Natur- und Geisteswissenschaften. Ziel ist es, angesichts globaler Herausforderungen wissenschaftliche Perspektiven zu entwickeln und gemeinsam mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern tragfähige Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Allianz setzt sich für die Stärkung demokratischer, rechtsbasierter Strukturen ein und fördert eine national wie international sichtbare Vernetzung der Forschung in diesen Themenfeldern. Mehr auf www.foks-allianz.de

Impressum

Bayerische Wissenschaftsallianz für Friedens- Konflikt- und Sicherheitsforschung (FoKS)

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei der Autorin und nicht bei der Bayerischen Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung. Anmerkungen sind direkt an den korrespondierenden Autor zu richten.

Erscheinungsdatum: 31.07.2025

Bayerische Wissenschaftsallianz für
Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung
Kaulbachstr. 31
D-80539 München
Tel. 0049 941 94 36 90 34

Präsidium:

Vorsitzender Prof. Dr. Udo Hebel [Präsident Universität Regensburg]
Stellv. Vorsitzende Prof. Dr. Eva-Maria Kern [Präsidentin Universität der Bundeswehr München]

Sprecher: Prof. Dr. Michael Reder, michael.reder@hfph.de

Geschäftsstelle:

Dr. Lilli Banholzer, Wissenschaftliche Koordinatorin FoKS, lilli.banholzer@ur.de
Dr. Timo Lowinger, Wissenschaftlicher Koordinator FoKS, timo.lowinger@ur.de

Redaktion: Prof. Dr. Stephan Stetter, Dr. Lilli Banholzer, Timo Lowinger

Layout/Design: Dr. Timo Lowinger

**.FRIEDEN
.KONFLIKT
.SICHERHEIT**